

Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Ausschuss Soziales und Senioren	27.11.2008	

Anlass:

☒ Mitteilung der Verwaltung☐ Beantwortung von Anfragen
aus früheren Sitzungen☐ Beantwortung einer Anfrage
nach § 4 der Geschäftsordnung☐ Stellungnahme zu einem
Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Umsetzung der Handlungsempfehlungen zum Thema "Ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte" der Landesregierung

In seiner Sitzung vom 1.4.2008 hat der Integrationsrat folgenden Beschluss gefasst:

Der Integrationsrat bittet die Verwaltung um einen Sachstandsbericht zur Lebenssituation der älteren Menschen mit Migrationshintergrund und um Aussagen dazu, wie die vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration herausgegebenen Handlungsempfehlungen „Ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“, soweit diese für Köln Anwendung finden sollen, umgesetzt werden sollen. Um Einbezug des Integrationsrates und der Seniorenvertretung in die Umsetzung der Handlungsempfehlungen wird gebeten.

Sachstandsbericht:

Inhalt des vorliegenden Papiers sind Empfehlungen der Landesregierung für Handlungsfelder der Seniorenwirtschaft in den Kreisen und kreisfreien Städten. Folgende Bereiche sind angesprochen:

- Wohnen und haushaltsnahe Dienstleistungen
- Kultur, Tourismus und Neue Medien
- Gesundheit und Bewegung

Grundsätzlich ist anzumerken, dass in allen Bereichen der Verwaltung, die durch die Landesregierung ausgesprochenen Empfehlungen bei gegebenen kommunalen Zuständigkeiten berücksichtigt werden bzw. ins Kölner Integrationskonzept, an dem zur Zeit intensiv

unter Einbezug verschiedener Ämter gearbeitet wird, eingearbeitet werden.

Nachfolgend sind einige Beispiele aus Köln zu den genannten Bereichen aufgeführt; außerdem wird der Bereich „Mitwirkung an gesellschaftlichen Prozessen“ ergänzt:

Zu: „Wohnen und haushaltsnahe Dienstleistungen“

Für ältere Menschen mit Migrationshintergrund gilt das Gleiche wie für Ältere ohne Migrationshintergrund: Die Mehrheit will selbständig alt werden und hofft, nicht auf Hilfe angewiesen zu sein. Deshalb unterstützt die Verwaltung diese Personengruppe auf vielfältige Weise im vorpflegerischen Bereich:

- Wohnraumberatung
- Seniorenberatung
- haushaltsnahe Dienstleistungen.

Die Verwaltung wirkt auf alle Dienstleister hin, ihre Dienstleistung kultursensibel auszurichten. Allerdings besteht hier sowohl auf Seiten der Verwaltung als auch auf Seiten der Dienstleister Entwicklungsbedarfe im Sinne der Empfehlungen. Mit der Hauptgruppe der Dienstleister, den Wohlfahrtsverbänden, konnte Einigkeit dahingehend erzielt werden, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund der Ausgangspunkt zu mehr Kultursensibilität sein müssen.

Alternative Wohnformen stehen selbstverständlich auch den älteren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zur Verfügung. Besonders stolz ist die Verwaltung auf eine ambulante Wohngemeinschaft für Pflegebedürftige, die sich ausschließlich an russischsprachige Menschen und ihre Angehörigen richtet. Nach Startschwierigkeiten wird das Projekt von der Zielgruppe nunmehr hervorragend angenommen.

Zu: „Kultur, Tourismus und neue Medien“

Die Verwaltung teilt die Einschätzung der Landesregierung, dass noch verstärkt Initiativen notwendig sind. Der sozial-kulturelle Bereich ist hier Vorreiter: So ist es den Bürgerhäusern und Bürgerzentren gelungen, Partner für Migrantenorganisationen und Gäste mit Migrationshintergrund zu sein. Auch im Arbeitsbereich bürgerschaftliches Engagement gibt es spezielle Initiativen für Menschen mit Migrationshintergrund. Migrantenorganisationen und Wohlfahrtsverbände erhalten jährlich für 12 – 14 Projekte eine Summe von 30.000,00 €. Damit werden z. B. Erholungsmaßnahmen, Freizeiten und Museumsbesuche durchgeführt. Neben diesen spezifischen Maßnahmen öffnen sich auch die Senioren-Netzwerke und Altentagesstätten. Ein positives Beispiel ist das Internationale Zentrum in der Stolzestraße, wo es gelungen ist, die internationale Arbeit mit der Seniorenarbeit zu verbinden.

Zu: „Gesundheit und Bewegung“

Menschen mit Migrationshintergrund und insbesondere Ältere mit Wurzeln in anderen Kulturkreisen stoßen beim deutschen Gesundheitssystem an strukturelle Barrieren. Deshalb ist es hier besonders wichtig, dass sich die Institutionen des Gesundheitswesens kultursensibel aufstellen. Für muttersprachliche Angebote gibt es den Kölner Gesundheitswegweiser für Migranten und Migrantinnen, der kontinuierlich fortgeschrieben werden soll. Im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Gesundheitskonferenz wurden weitere Vorschläge erarbeitet, die sich allerdings nicht nur an Ältere richten, aber auch deren besonderen Bedürfnissen entgegenkommen.

In den Empfehlungen der Landesregierung wird „**Mitwirkung an gesellschaftlichen Prozessen**“ nur angedeutet; hier liegt ein Schwerpunkt der Stadt Köln:

Ein Grundsatz der Kölner Seniorenpolitik ist seit vielen Jahren, dass älteren Menschen in Köln eine Mitwirkungsmöglichkeit gegeben werden soll. Diese wurde mit Einführung der Seniorenvertretung im Jahr 1978 verwirklicht. 1991 waren bei der Wahl der Seniorenvertretung auch erstmalig ältere Migrantinnen und Migranten wahlberechtigt und wählbar. Um diesen Integrations- und Mitwirkungsprozess noch weiter zu fördern, erfolgte 1996 eine Änderung der Wahlordnung, wonach die bezirklich gewählte Seniorenvertretung um ein Mitglied mit ausländischer Staatsangehörigkeit erweitert wird, wenn unter den im Bezirk gewählten Seniorenvertretern/innen kein/e Bewerber/in mit ausländischer Staatsangehörigkeit ist, in diesem Wahlkreis (Stadtbezirk) aber mindestens zwei ausländische Staatsangehörige kandidiert haben. Aktuell sind 3 ausländische Seniorenvertreter in den Bezirken Ehrenfeld, Kalk und Mülheim im Amt. Neben dieser Möglichkeit an der Seniorenpolitik im Bezirk mitzuarbeiten, ist die Mitwirkung an stadtweiten Prozessen über die Mitgliedschaft in der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik gegeben (§ 23 Hauptsatzung der Stadt Köln). Auch die Aufnahme eines Seniorenvertreters in den Integrationsrat als beratendes Mitglied ist ein Indiz dafür, dass seniorenrelevante Themen auch in diesem Gremium eine stärkere Beachtung finden.

Auch wenn in vielen Bereichen des kommunalen Handelns die Empfehlungen des Landes Berücksichtigung finden, so ist selbstkritisch anzumerken, dass eine Optimierung notwendig ist. Aus diesem Grund arbeitet die Verwaltung unter Einbezug der Handlungsempfehlungen auf verschiedenen Ebenen an der besseren Integration von Älteren mit Migrationshintergrund:

- Integrationskonzept
- Leitlinien für ein soziales Köln
- Handlungskonzept zum Abbau von Einkommensarmut und Teilhabemängel bei Älteren

Wichtige Impulse werden dabei von der Kölner Seniorenvertretung und vom Integrationsrat gegeben.

Hier sieht die Verwaltung eine wachsende Herausforderung. Um sich dieser Herausforderung zu stellen, sind entsprechende Ressourcen notwendig. Innerhalb des Arbeitsfeldes „Senioren“ geschieht dies bisher ohne besondere personelle Ressourcen für den genannten Personenkreis. Die Verwaltung wird Bedarf und Deckung prüfen.

Anlage